

Care Revolution

quer-Interview mit Gabriele Winker am 26. Februar 2016

Quer: Frau Winker, wir begrüßen Sie hier in Oldenburg im Arbeitslosenzentrum der ALSO (Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg). Kennen Sie Oldenburg, und gibt es bereits Kontakte des Netzwerks Care Revolution nach Oldenburg?

Gabriele Winker: Ich freue mich, heute auf Einladung der ALSO und des Linken Forums zum ersten Mal in Oldenburg die Ideen der Care Revolution vertreten zu können. Sicherlich gibt es auch in Oldenburg Menschen, die mit uns bereits auf der 1. bundesweiten Aktionskonferenz im März 2014 diskutiert haben, aber bisher gibt es noch keine Zusammenarbeit mit Oldenburger Initiativen. Aber, Sie werden es kaum glauben, schon 2014 zu Beginn unserer Aktivitäten haben wir im Koordinierungskreis darüber gesprochen, dass wir die ALSO, von deren hervorragender Erwerbslosenpolitik wir wussten, unbedingt ansprechen und als Kooperationspartner gewinnen sollten. Aber wie es so ist, in sich entwickelnden sozialen Bewegungen sind die Ziele groß und die Kräfte immer viel zu gering, und so bin ich besonders froh, dass wir uns heute austauschen und auch über Möglichkeiten der Zusammenarbeit sprechen können.

Quer: Erläutern Sie bitte, was der Begriff „Care“ für Sie beinhaltet und was daran neu ist.

G. W.: Mit der in den 1980er Jahren einsetzenden Care-Debatte rücken die konkreten inhaltlichen Arbeitstätigkeiten des Sorgens in den Vordergrund des Interesses. Vor allem von Feminist_innen werden unter dem Stichwort Care politische, philosophische und wirtschaftliche Alternativen entwickelt und diskutiert, die das Leben und seine Erhaltung in das Zentrum stellen. In diesem Zusammenhang ist wichtig, dass Menschen bedürftig sind. Sie brauchen nicht nur Wasser, Luft und Nahrung, sondern sind auch angewiesen auf andere Menschen. Denn Menschen benötigen vom Augenblick ihrer Geburt an die Sorge anderer, ohne die sie nicht überleben könnten. Aber auch jenseits des Kinder- und Jugendalters und jenseits von Zeiten der Krankheit und Gebrechlichkeit sind Menschen alltäglich auf andere angewiesen. Die Möglichkeit, in einer schwierigen Situation konkrete Hilfe und Unterstützung zu erfahren, ist ein wesentliches Kriterium für ein gutes Leben. Dies gilt ebenso für die Möglichkeit, für andere sorgen zu können, ohne selbst unangemessen

ne Opfer bringen zu müssen. Wichtig ist darüber hinaus, selbst über genügend zeitliche und materielle Ressourcen zu verfügen, um das eigene Leben entsprechend der je individuellen Wünsche und Ziele gestalten zu können. Care ist also eine Tätigkeit, die alle Menschen ausführen. Sie kümmern sich um sich selbst, um ihre Gesundheit, um ihre Weiterbildung, kochen für sich oder für andere Menschen, erziehen Kinder, beraten Freund_innen, versorgen unterstützungsbedürftige Angehörige. Teils wird Sorgearbeit entlohnt in Care-Berufen realisiert, etwa von Erzieher_innen oder Pflegefachkräften. Meist allerdings wird sie von Frauen unentlohnt und häufig auch abgewertet in Familien geleistet.

Mir geht es darum, von dieser Grundlage menschlichen Lebens Politik zu entwickeln. Also menschliche Bedürfnisse, insbesondere die Sorge füreinander, ins Zentrum politischer Kämpfe zu stellen, auch dann, wenn dies die Profitmaximierung als Ziel eines kapitalistischen Systems deutlich einschränkt.

Quer: Die Frauenerwerbsquote stieg von 60,7 Prozent in 1991 auf 72,4 Prozent in 2013. Dass Frauen vermehrt erwerbstätig und damit unabhängig vom männlichen „Familienernährer“ werden, ist doch zu begrüßen und entspricht wesentlichen Forderungen der Frauenbewegung. Was ist daran problematisch?

G. W.: Das Problem ist, dass derzeit immer mehr Menschen, insbesondere Frauen, vor der beständig schwieriger werdenden Aufgabe stehen, den Balanceakt zwischen Erwerbsarbeit einerseits und unentlohnter Sorgearbeit für sich und andere andererseits individuell zu meistern. Sie leben mit der dauernden Bedrohung, an diesen Anforderungen zu scheitern. Gemäß dem neoliberalen Credo der Eigenverantwortung sind sie aufgerufen, je individuell die hohen beruflichen Anforderungen mit den zunehmenden Aufgaben der Selbstorganisation und mit den gestiegenen Leistungsansprüchen in der familiären Sorgearbeit zu vereinbaren. Die nicht entlohnte familiäre Sorgearbeit für sich und andere nimmt mit steigender Erwerbstätigkeit von Frauen nicht ab, sondern tendenziell zu – nicht zuletzt aufgrund des Abbaus sozialstaatlicher Leistungen und der gleichzeitig steigenden Ansprüche an beispielsweise Bildung und Gesundheit. Diese Probleme

matik führt dazu, dass viele Frauen, insbesondere Mütter mit minderjährigen Kindern, nur in Teilzeit beschäftigt sind. Sie bleiben damit häufig wiederum von einem „Familienernährer“ abhängig, der allerdings wegen umfassender Reallohnsenkungen keinen Familienlohn mehr erhält. Andernfalls – und auch im Fall des Scheiterns der Partnerschaft – drohen Prekarität und Altersarmut.

Quer: Sie sagen, dass der neoliberale Umbau des Sozialstaats vor allem auf dem Rücken der Menschen geschieht, die Sorgearbeit leisten. Können Sie uns Beispiele nennen?

G. W.: Wie ich gerade gesagt habe, können viele Menschen, die Sorgearbeit insbesondere auch für andere Personen leisten, häufig nur in Teilzeit tätig sein. Dies führt heute zu Existenzsorgen und spätestens im Alter direkt zu Armut. Eltern, die ein schwer körperlich oder geistig beeinträchtigtes Kind unterstützen, können häufig keine flexibilisierte Erwerbsarbeit ausüben und fallen unter die rigiden Bedingungen von Hartz IV. Dies gilt ebenso für Personen, die ältere Menschen mit einem hohen Betreuungsaufwand pflegen. Aber auch tagtäglich führt der Umbau des Sozialstaats zu hohen Belastungen von familiären Sorgearbeitenden, wenn wegen der verkürzten Schulzeit bis zum Abitur und der fehlenden Lehrer_innen Eltern bei der Unterstützung von Lernprozessen zusätzlich gefordert sind. Oder auch, wenn die extreme Verkürzung der Liegezeiten in Krankenhäusern zu sogenannten blutigen Entlassungen führt und Angehörige und Freund_innen die Versorgung der Kranken zu Hause organisieren müssen. Dies alles führt bei einer Lohnarbeit, die Flexibilität nur für Unternehmen kennt, zu großen Stresssituationen. All diese Probleme spitzen sich bei Alleinerziehenden dramatisch zu, die sich zu über 46 Prozent, häufig trotz Erwerbsarbeit, im Hartz-IV-Bezug befinden.

Quer: Viele Menschen klagen über steigende Belastungen durch ihre Erwerbsarbeit. Was sind die besonderen Belastungen im Care-Bereich? Wie wirken sie sich aus und woran sind sie zu erkennen?

G. W.: Viele Care-Beschäftigte arbeiten unter einem ständigen Zeitdruck. Sie müssen in immer kürzerer Zeit immer mehr Tätigkeiten erledigen. Sie arbeiten unter permanen-

tem Druck und einer chronisch knappen Personalausstattung. Die erforderliche Minimalbesetzung in Kitas und in den Pflegebereichen der Krankenhäuser und Altenheimen ist in aller Regel nicht realisiert. Viele Care-Beschäftigte müssen erkennen, dass sie unter diesen Bedingungen keine gute Arbeit mit Kindern oder zu pflegenden Personen leisten können. Sie stoßen an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Stresssymptome sind verbreitet, zumal die meist weiblichen Care-Beschäftigten auch zu Hause häufig viele Sorgeaufgaben für Familienmitglieder wahrnehmen. Bei längeren Stressphasen kommt es zu Erschöpfungszuständen. Nach dem Fehlzeiten-Report waren 2013 knapp 14 Prozent der Krankenpflegekräfte, über 15 Prozent der Erzieher_innen und über 18 Prozent der Altenpfleger_innen wegen psychischer Erkrankungen zeitweise arbeitsunfähig.



Zu all diesen Belastungen kommt, dass viele Care-Berufsgruppen gering entlohnt sind. Erklären lässt sich die niedrige Entlohnung damit, dass in den Care-Bereichen Kosten für die Reproduktion der benötigten Arbeitskräfte entstehen, die sich über Steuern und das Lohnniveau auf Unternehmen in allen Branchen auswirken. Entsprechend groß ist der Druck, die Ausgaben etwa für Krankenhäuser oder Kitas zu begrenzen; dabei sind die Löhne der Beschäftigten ein wichtiger Kostenfaktor.

Dieses Problem der schlechten Entlohnung ist bei einer weiteren Berufsgruppe, den meist migrantischen Haushaltsarbeiter_innen, noch verbunden mit einer sozialen Unabgesichertheit. Diese Personen putzen, betreuen und pflegen in Privathaushalten. Bei Krankheit, eigenem

Urlaub oder Urlaub der Arbeitgeber erhalten sie häufig keinen Lohn, und es findet keine Einzahlung in die Sozialversicherung statt. Auf diese Weise lösen gut Verdienende ihr Problem auf dem Rücken anderer, für die schon diese Arbeit eine Verbesserung ihrer katastrophalen Lage bedeutet.

Quer: *In Ihrem Buch „Care-Revolution“ schreiben Sie: „Eine Krise sozialer Reproduktion entsteht dann, wenn die Zuspitzung des Widerspruchs zwischen Profitmaximierung und Reproduktion der Arbeitskraft die quantitative und qualitative Verfügbarkeit der Arbeitskräfte so beeinträchtigt, dass dies perspektivisch eine deutliche Verschlechterung der Bedingungen der Kapitalverwertung nach sich zieht.“ Sehen Sie diese Krise bereits heute? Wie äußert sie sich?*

G. W.: Ja, ich sehe Momente dieser Krise sozialer Reproduktion bereits heute. Zunächst äußert sie sich darin, dass in bestimmten Berufsgruppen Fachkräfte fehlen, da insbesondere viele Frauen wegen ihrer familiärer Sorgeaufgaben weder in Vollzeit noch umfassend flexibel dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen können. Darüber hinaus gibt es gerade in Care-Bereichen hohe Krankenstände, die auf Stress und Erschöpfung beruhen. Und für alle Berufsgruppen gilt, dass nach einer Gallup-Studie nur 15 Prozent aller Beschäftigten ihren Job tatsächlich „engagiert“ ausführen, sich also freiwillig für die Ziele ihres Unternehmens oder ihrer Institution einsetzen, 70 Prozent sind dagegen „unengagiert“, leisten also Dienst nach Vorschrift, und 15 Prozent sind „aktiv unengagiert“, haben innerlich bereits gekündigt, und untergraben Erfolge der anderen durchaus bewusst, wenn sie dazu die Gelegenheit haben. Aber auch die stetig steigenden Kosten im Gesundheits- oder Bildungsbereich trotz gleichzeitiger Qualitätseinschränkungen verschlechtern die Rahmenbedingungen der Kapitalverwertung. Dies hängt damit zusammen, dass gerade in den Care-Bereichen, da es um die Sorge für einzelne Menschen geht, die technischen und organisatorischen Rationalisierungspotenziale deutlich geringer sind, als dies bei der Güterproduktion und auch bei personellen Dienstleistungen, beispielsweise bei Banken und Versicherungen oder in der IT-Branche, der Fall ist.

Quer: *Sie schreiben auch: „Damit stößt das neoliberale Konzept der möglichst umfassenden Erwerbstätigkeit jeder erwerbsfähigen Person, verbunden mit Reallohnsenkung, Sozialabbau und hohem Umfang der unentlohnt zu leistenden Reproduktionsarbeit, an seine Grenzen, an ‚unheilbare Widersprüche‘.“ Warum sehen Sie diesen Widerspruch als „unheilbar“ an? Hat nicht der Kapitalismus immer aufs Neue sei-*

ne Flexibilität im Umgang mit „unheilbaren Widersprüchen“ bewiesen?

G. W.: Ich sehe die Krise darin, dass das neoliberale Konzept an seine Grenzen kommt, auf „unheilbare Widersprüche“ stößt. Leider bedeutet das nicht, dass damit der Kapitalismus an sein Ende gekommen ist. Im Gegenteil, auch ich gehe davon aus, dass der Kapitalismus wandlungsfähig ist und sein Problem steigender Reproduktionskosten der Arbeitskraft auf Kosten aller Menschen löst, die aktuell nicht gebraucht werden oder die aufgrund ihrer besonders prekären Lebenslage gezwungen sind, auch unter schlechtesten Arbeitsbedingungen erwerbstätig zu sein. So könnte sich aus der Krise der neoliberalen Regulierung ein neues Akkumulationsregime entwickeln, da gebe ich Ihnen völlig Recht. Ich befürchte, dass dieses Regime ein noch deutlich undemokratischeres, totalitäreres sein könnte, das Menschen mit dem weiteren Abbau von sozialer Infrastruktur und Grundsicherung dazu zwingt, – auch unter Vernachlässigung der Selbstsorge und der Sorge vor allem für ältere und kranke Menschen und bei eigener Erschöpfung und Krankheit – mit einer weiteren Rentenverschiebung weit über die 67 Jahre hinaus erwerbstätig zu sein, da sie anders nicht überleben können. Auch die Unterscheidungen zwischen Leistungsträger_innen und Leistungsempfänger_innen würden in einer solchen Situation noch zunehmen. Wir kennen dies bereits beim 2007 eingeführten Elterngeld, wonach Kinder unterschiedlich viel Wert sind: Je nachdem, was Eltern vorher verdient haben, erhalten sie heute bereits zwischen 1800 Euro und 300 Euro monatlich, wobei Letzteres bei ALG-II-Beziehenden auf den Hartz-IV-Satz angerechnet wird und damit real 0 Euro beträgt. Ebenfalls heute ist bereits sichtbar, wie die sozialen Notlagen von beispielsweise geflüchteten und/oder illegalisierten Arbeitskräften ausgenutzt werden, um Arbeitsverhältnisse ohne soziale Absicherung und mit niedrigsten Stundenlöhnen auszu dehnen.

Für mich ist eine möglichst umfassende Analyse der Krise sozialer Reproduktion ein wichtiger Schritt bei der Begründung der Care Revolution. Denn aus dem Gesagten ergibt sich, dass wir ohne grundlegenden Perspektivwechsel keine Welt realisieren können, in der ein gutes Leben für alle möglich ist – ohne jemanden auszuschließen und nicht auf dem Rücken anderer.

(Bitte weiterlesen auf Seite 21)